



PSYCHOLOGISCHE
... Beratungsangebote werden entgegen der Befürchtungen nicht gekürzt.



PROTEST
... für bessere Arbeits- und Lernbedingungen an offenen Ganztagschulen.



PORNOGRAPHY
... on stage. No nudity, but terror and violence were performed.



PRESSEFREIHEIT
... ist ein schützenswertes Gut und muss verteidigt werden.

:bszank – Die Glosse

Da ist Zähneflechten angesagt. So viel Klassenbewusstsein muss sein, wenn diese bissige Bulldogge des Neoliberalismus im RUB-Hörsaal von der Leine gelassen wird: Denn FDP-Mann Lindner hat rhetorisch so souverän sein Revier markiert, wie sich eine Bulldogge in der Öffentlichkeit unbekümmert die Eier abschleckt oder vor den Gartenzaun kackt. Treues Fähnchenwedeln bei den Schoßhündchen der Jungen Liberalen in der ersten Reihe, während der Kapitalismus-Köter vorne seinen eigenen Schwanz jagt (mit Bildungsgebühren gegen Bildungsungerechtigkeit???) Wütendes Bellen dagegen bei denen, die nicht mit den geplanten Gebühren für Nicht-EU-BürgerInnen einverstanden sind. Zurecht! Würden sie nur nicht wie niedliche Chihuahuas kläffen: „Das finden wir scheiße!“. Und dann auch noch wie beleidigte Welpen ausschauen, denen man den Knochen weggenommen hat – nur weil die böse Bulldogge laut zurück knurrt. Denn Lindner hat Recht! Wenn auch nur in einem Punkt an diesem Abend: „Wenn man schon eine Veranstaltung stört, dann bitte richtig!“

:bent

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
www.bszonline.de
www.facebook.de/bszbochum



Welcome to democracy: Seid jetzt dabei, die Karten gibt exklusiv bnur bei uns. Lasst Euch Navier Xaidoo, Oöhse Bonkelz, Wildfrei uvm. nicht entgehen.

Illustration: kac

A, Anti-, Anti-Extremista!!!

SATIRE. Wir verbinden Demokratie mit einem Gewinnspiel und verlosen schon jetzt Exklusiv-Tickets für „Rock gegen Links“.

Sie plündern Supermärkte. Sie hauen PolizistInnen. Und sie widersprechen FDP-Chef Christian Lindner (Seite 8). Wir sagen: Es reicht mit diesen extremst extremistischen ExtremistInnen. Wir setzen mit einem „Rock gegen Links“ ein Zeichen für Demokratie, Wasserwerfer, Toleranz oder Bio-Lebensmit-

telgeschäfte mit Sonntagsöffnungszeiten.

Als Premiumpartner des Bundesamts für Verfassungsschutz verlost die :bsz schon jetzt Exklusiv-Tickets für das Festival. Was Ihr dafür tun müsst? Sendet einfach bis zum 31. Juli anti-extremistische Wut-LeserInnen-Briefe an die Redaktion der Bild-Zei-

tung. Die besten Texte werden auf der Bühne zudem live gesungen von Navier Xaidoo feat. Polizeichor Berlin e.V.

:Eure anti-extremistische Redaktion

➔ MEHR AUF SEITE 6 UND 8

Forderte Heiko Maas ein „Rock gegen Links“?

POLITIK. Ist der Bundesjustizminister von der Bild-Zeitung ausgetrickst worden oder hat er unüberlegt, gar mit einem „Freud'schen Versprecher“ geantwortet?

Manchmal stellen JournalistInnen die richtigen Fragen, manchmal reagieren die Interviewten mit falschen Antworten. Und meistens tut die Internetgemeinde ihr Übriges, um die Situation völlig eskalieren zu lassen. So geschehen erst kürzlich, als sich Heiko Maas in der Bild-Talkshow „Die richtigen Fragen“ über die Ereignisse rund um den G20-Gipfel äußerte. Die Rede war von „asozialen Schwerstkriminellen“ und einer „Mehrheit“, die nur schaut und schweigt. Eine Vorlage, die Nikolaus Blome, seines Zeichens Bild-Chefredakteur für das Politik-Ressort, nicht ungenutzt lassen wollte. In polemisch-überspitzter Weise hakte Blome nach: Bei Ausschrei-

tungen von Rechtsradikalen gebe es oft bürgerlichen Widerstand, so beispielsweise durch „Rock gegen Rechts“-Musikveranstaltungen. Ob es nicht ein „Rock gegen Links“ geben müsse. Maas' Antwort war an dieser Stelle noch besonnen, geradezu diplomatisch: Warum es eine solche Veranstaltung nicht gäbe, wisse er nicht; er wünsche sich Engagement gegen jede Form des politischen Extremismus, Gewalt dürfe nicht ohne gesellschaftliche Reaktion bleiben.

Wörter in den Mund legen

Nun wollte die Bild es genau wissen: Moderatorin Anna von Bayern hakte nach:

„Also wünschen Sie sich ein Rock gegen Links?“ Heiko Maas, mitten im Satz unterbrochen, antwortete spontan: „Ja, ein Rock gegen Links oder was auch immer. Das werden diejenigen entscheiden müssen, die das dann auf die Beine stellen.“

Eine neue Schlagzeile war geboren: „Minister fordert ‚Rock gegen Links‘“. Zahlreiche Medien griffen dies auf. Das Netz kochte ebenfalls über. Erst der Medien-Watchblog „Bildblog“ brachte Licht ins Dunkle: Nicht Heiko Maas war es, der ein „Rock gegen Links“ ins Spiel brachte, sondern die „Bild“-RedakteurInnen. Es stimmt eben nicht alles, was Boulevard ist ...

:Justin Mantoan

Homophobe Türsteher vor dem KuCaf?

CAMPUS. Harte Vorwürfe von VertreterInnen des FSR Gender Studies in den vergangenen FSVK-Sitzungen. Der Betreiber des KulturCafés beschäftigt homophobe Türsteher. Was hinter den massiven Vorwürfen steckt, hat die :bsz herausgefunden.

Auf den letzten beiden Sitzungen der FSVK (FachschaftsvertreterInnenkonferenz) war der Tagesordnungspunkt „Situation KulturCafé“ zu finden. Einer der Vorwürfe: Hüseyin, der Betreiber des AStA-Cafés, stelle wissentlich homophobe Türsteher für Studi-Partys vor die KuCaf-Tür. Zudem sprachen FachschaftsvertreterInnen der Gender Studies davon, dass der „Besitzer die Bedie-

nung vor allen Gästen zusammenschleift und unfreundlich bei Verhandlungen mit FSRen ist.“ Weiter lautete der Vorwurf aus dem Vollprotokoll: „Es gab mal beim schwulen Sektempfang Probleme, da wurde die Security ausgewechselt, aber dieselbe Firma macht bei anderen Veranstaltungen weiter.“

Schwuler Sektempfang



Dumme Anmache und Sprüche sind passé: Neue Security vor dem KulturCafé.

Symbolbild: sat

Die Vorwürfe sind nicht unbegründet. Im Wintersemester 2016/2017 veranstaltete das Autonome Schwulenreferat seinen „legendären Sektempfang“ im KulturCafé. Richtig ist, dass es dort Probleme mit der Security gab. „Die Türsteher haben unsere BesucherInnen gefragt, ob sie wirklich auf diese Party wollen und ob sie wissen, was das für eine Party ist“, berichtet Kai Cardinal, Referent vom Autonomen Schwulenreferat. Im Laufe der Party-Nacht tanzten die Türsteher die GästInnen auf der Tanzfläche an – auch Pöbeleien soll es seitens der Türsteher gegeben haben, die beinahe zu einer Schlägerei eskalierten. „Ziemlich unprofessionell“, bemerkt Cardinal. Daneben kritisierte er noch die fehlende Bereitschaft der Security, stark Alkoholisierter zu versorgen. „Dann haben wir einen Krankenwagen gerufen“, so Cardinal.

Neue Security

Nach den Erlebnissen der Party, berichtete das Autonome Schwulenreferat dem Betreiber des KulturCafés von den

Geschehnissen. „Er hat gesagt, dass wir, wenn wir so etwas auf einer Party erleben, direkt zu ihm sollen. Und im Sommersemester hatten wir neue Securitys.“ Der Betreiber hat daraufhin die Verträge mit der Security-Firma aufgelöst. „Wir haben die Security sofort gewechselt“, erzählt Hüseyin. Seitdem stelle er das Security-Team aus seinen KulturCafé-MitarbeiterInnen und aus Externen: „Nein, alle bekommen die gleichen Türsteher und Türsteherin.“

Die oben angesprochenen Kritikpunkte werden in den kommenden Sitzungen der FSVK besprochen und untersucht. Die Ergebnisse lest Ihr dann in der :bsz.

:Sarah Tsah

BESUCHE UNS IM NETZ

Um mitreden zu können, besuche einfach das KulturCafé und sammle deine eigenen Erfahrungen. Schreibe eine E-Mail mit dem Betreff „KuCaf“ an redaktion@bszonline.de. Gerne leiten wir Deine Erlebnisse an die FSVK weiter.

Psychologische Beratungsstellen bleiben

CAMPUS. Über die Situation der Beratungsstellen wird heiß diskutiert. Intern hieß es, es gebe Kürzungen, doch der Senat und die Kanzlerin dementieren dies.

„Wir wissen um die Wichtigkeit der psychologischen Beratungsstellen und haben daher auch jeden Tag Notfallzeiten“, erzählt Gundula Lüdorf, Leiterin der zentralen Studienberatung. Neben der allgemeinen Studienberatung ist die psychologische Beratung ein weiterer großer Pfeiler des Serviceangebots. „Im Rahmen des doppelten Abiturjahrganges wurden weitere Kollegen für die psychologische Beratung eingestellt. Diese wurden aus Drittgeldern bezahlt und erhielten befristete Verträge“,

erklärt Lüdorf. „Diese Verträge laufen jetzt aus.“

Dennoch soll es nicht zu Beratungsabbau kommen.

Plus fünf

Die psychologischen BeraterInnen müssen neben ihrer Zeit in der psychologischen Beratung auch zur allgemeinen Studienberatung zur Verfügung stehen. So ist ihre Arbeitszeit geteilt. Mit dem Wegfall der KollegInnen mit befristeten Verträgen fällt vermeintlich zusätzliche Beratungszeit weg. Lüdorfs versichert, dass ein neues Konzept stehe: „Die Anteile, die in der allgemeinen Studienberatung anfielen, fallen weg.“ Dafür soll Extrapersonal eingestellt werden. Somit haben die psychologi-

schen BeraterInnen keinen Stundenanteil für die allgemeine Studienberatung mehr abzuleisten. Die gewonnen Stunden kommen der psychologischen Beratung zu Gute.

Mit der Umsetzung rechnet Lüdorf bis Januar 2018: „In der Übergangsphase müssen die neuen Kollegen noch eingearbeitet werden. Doch wenn die Stellen besetzt sind, die Kollegen eingearbeitet und die ausgeschriebene Stelle der fachlichen Leitung vergeben ist, haben wir im Januar fünf Stunden mehr als aktuell.“

Mehr Arbeit – weniger Leute

Die verbleibenden psychologischen BeraterInnen müssen den Wegfall ihrer KollegInnen nicht durch etwa Überstunden auffangen, versichert Lüdorf. „Das ist auch nicht die Arbeitsphilosophie der RUB. Wer seine Beratungszeit erhöhen möchte, kann das gerne tun“, erklärt Lüdorf. Alle weiteren und bekannten Leistungen wie Notfallsprechzeiten bleiben bestehen, versichert sie weiter. „Wir bauen Köpfe ab, weil die Verträge auslaufen und aus Drittmittel bezahlt wurden, aber keine Stunden.“

:Sarah Tsah



Keine Angst vorm Alleinsein: Die psychologische Beratung ist weiter mit voller (Personal)kraft für Euch da.

Symbolbild

News:Ticker

- **13. Juli:** Nach den Tumulten bei einer Veranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der FDP, Christian Lindner verlässt ein HoPo-Referent den AStA. (Seite 8)
- **14. Juli:** Zehnjähriges Bestehen der Universitätsallianz Ruhr – Die UA Ruhr, der Zusammenschluss aus TU Dortmund, Universität Duisburg-Essen und der Ruhr-Universität-Bochum feierte ihr zehnjähriges Jubiläum in der Jahrhunderthalle Bochum.
- **15. Juli:** Exzellenzcluster beobachtet Proteine – Besondere Spektroskopie macht es möglich Proteine besser zu untersuchen. Der Zusammenhang von Proteininteraktionen und programmiertem Zelltod wird von RESOLV untersucht.
- **16. Juli:** Intendant des Schauspielhauses geht nach Frankfurt – Anselm Weber verlässt Bochum und wechselt mit einigen SchauspielerInnen nach Frankfurt.
- **16. Juli:** BochumerInnen dürfen weiter öffentlich alkoholhaltige Getränke verzehren – Im Rat der Stadt scheiterte der Antrag der CDU ein Trinkverbot in der Innenstadt zu verankern. Rund um den Hauptbahnhof dürfen BochumerInnen vorerst weiter Bier trinken.

:Die Redaktion

Rechtsruck an Hochschulen?

VORTRAG. „Fall Baberowski“: Rechte Aussagen, Klagen, studentischer Protest, mediale Aufmerksamkeit. Doch was steht dahinter? Christoph Vandreier, nationaler Sprecher der International Youth and Students for Social Equality (IYSSE) sprach vergangene Woche über rechte Ideologie an Unis.

Jörg Baberowski, Professor der osteuropäischen Geschichte, verklagte vergangenen Oktober den AstA der Universität Bremen, die den Gewaltforscher falsch zitiert haben sollen. Nach einem vorläufigen Urteil im Februar (:bsz 1114) zog Baberowski seinen Antrag vor dem Kölner Oberlandesgericht nach Berufungseinstellung gegen das Urteil vonseiten des Bremer AstAs am 1. Juni zurück. Der Stalinismusexperte kann demnach als 'rechtsradikal' und 'rassistisch' bezeichnet werden und auch die Zitate seien statthaft gewesen.

Vor dem Hintergrund der Debatte um Baberowski hielt Christoph Vandreier von der IYSSE vergangene Woche einen Vortrag zum Thema „Gegen rechte und militaristische Ideologie an der Uni! Am Fallbeispiel von Professor Jörg Baberowski“, in Kooperation mit dem AstA der Ruhr-Universität Bochum.

Universitärer Rechtsruck

Anhand der Aussagen, die Baberowski seit zehn Jahren tätigt, sei laut Vandreier „völlig außer Zweifel, dass er ein rechts-

extremes Weltbild vertritt“. Neben der Bezeichnung Armin Mohlers, Schweizer Publizist und Vordenker der Neuen Rechten, als Konservativen äußerte sich Baberowski beispielsweise mehrfach kritisch im Kontext der Geflüchtetenkrise und befürchtete die Aufgabe eines deutschen Souveränstaates durch Grenzöffnungen. In der 2015 erschienenen Publikation „Räume der Gewalt“ vertrete er die These, dass Terror nur mit Gegengewalt bekämpft werden könne. Auffallend sei, dass haben die Diskussionen in der Öffentlichkeit gezeigt, dass sich kaum ein Lehrender gegen Baberowski gestellt habe bis zu diesem Jahr. Anhand dessen werde deutlich, „wie ein Rechtsruck innerhalb des akademischen Establishments“ stattfindet, so Vandreier. Der „Fall Baberowski“ sei nur ein Beispiel für diesen Prozess. Dieser werde von einer Geschichtsrevidierung begleitet. So sei Hitler nach Baberowskis Einschätzung nicht grausam gewesen. „Das ist eine kaltschnäuzige Argumentation und historisch falsch“, sagte Vandreier.

Reaktion und Diskussion

Das solche Aussagen öffentlich kritisiert würden, sei auch der „Ausdruck einer Polarisierung in der gesamten Gesellschaft“, die sich an den letzten US-Wahlen zeige: „Trump ist Ausdruck der tiefen Krise des amerikanischen Kapitalismus selbst.“ Selbst in Europa verkündeten Merkel und Macron den Bau gemeinsamer europäischer Kampfjets. Wie mit dem Rechtsruck umgegangen werden müsse, sei klar: Der Aufbau einer sozialistischen Bewegung gegen den Kapitalismus.

In der darauffolgenden Plenumsdiskussion mit reger Beteiligung aus dem Publikum wurde vor allem die Rolle des Kapitalismus, aber auch der Gewalt als mögliche Reaktionsmöglichkeit diskutiert.

OWSKI RECHTFERTIGT UNGLEICHHEIT
„Ordnung vor allem, die nicht auf Menschen und Menschheit gegründet ist, weil Lebensformen und -verhältnisse nicht sind. Macht, Menschen und soziale ist keine Sammlung für Gewalt, deren von Menschen ankommen und sich die anderen schütten müssen, ist angemessen, Macht zu übertragen.“
„drei Menschen zusammenkommen, muss gelöst werden. Der eine hat dann Macht, die anderen bedingungslosigkeit.“



Rechter Inhalt medial toleriert? Christoph Vandreier gab einen Einblick in die Berichterstattung im „Fall Baberowski“. Foto: lor

Von dieser distanzierte sich Vandreier nach einem Einwurf eines Zuhörers in die Richtung jedoch deutlich: „Das sind nicht unsere Methoden.“ Insgesamt bewerteten sowohl Vandreier als auch AstA-Referentin Zeynep-Fatma Dikman die Veranstaltung als „interessant“. Letztere zeigte sich zufrieden. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung mit Christian Lindner (siehe S. 8) und den aufgetauchten Plakaten der Identitären Bewegung (IB), habe sie eigentlich mit dem Auftauchen der IB gerechnet.

:Andrea Lorenz

Outgoing-Probleme

ERASMUS. Was kommt auf Euch zu bei einem Auslandsaufenthalt? Anlässlich des Schwerpunktes aus der :bsz 1133 hier ein Fallbeispiel.

Caro studiert im Master Komparatistik und möchte in Innsbruck ein Semester an der dortigen Partneruni studieren. Bereits im letzten Wintersemester hat sie mit ihren Vorbereitungen begonnen: „Die größte Herausforderung war bei mir bisher, eine Wohnung zu finden“, erklärt die 25-Jährige. In Innsbruck sei es schwer, an Wohnungen zu kommen. Alle Wohnheime sind privat und nur um sich für eines zu bewerben, musste Caro eine Anmeldegebühr bezahlen: „Diese bekomme ich nicht zurück, auch wenn das Wohnheim mich nicht nimmt.“ So musste die Studentin 25 Euro bezahlen, nur um dann zu erfahren, dass kein Platz mehr für sie im Wohnheim ist.

Doch das sind nicht die einzigen Kosten, die auf sie im Wohnbereich zu kommen. „Auch die Kautions ist teuer dort, drei Monatsmieten sind normal.“ Je früher ihr Euch anmeldet, desto besser. Am besten noch bevor ihr die Bestätigungen bekommt, dass Euch die Universität annimmt. Caro muss Ende September nach Österreich und erst jetzt wurde ihr ein Wohnheim zugeteilt. Die Miete kostet rund 330 Euro im Monat warm, inklusive

Internet: „Dafür habe ich auch meine eigene kleine Wohnung mit eigenem Bad, aber ohne eigene Küche.“

Ohne Bürokratie geht es nicht

Um am Erasmusprogramm teilzunehmen, müsst ihr ein Learning Agreement erstellen und Euch online bewerben. Caro muss sich an der Uni Innsbruck als Erasmusstudentin registrieren. Anschließend wird das Erasmus-Certifikat unterschrieben. Schließlich werden Kopien des Personalausweises, der Zeugnisse, Studienbescheinigung und Bewerbungsdokumente abgegeben.

Um den Aufenthalt zu finanzieren, könnt ihr ihr Auslandsbafög beantragen. Dieses kann erst berechnet werden, sobald feststeht, wie hoch das Erasmusstipendium ausfällt. „Bisher war es ein wenig anstrengend die ganzen Dokumente zusammenzusammeln, aber an sich ist es sehr wenig Aufwand, um ins Ausland zu kommen“, findet Caro, die sich auf ihr Auslandssemester freut. Ansonsten besprecht vorher mit Euren DozentInnen die Kurswahl, damit ihr keine Probleme bei der Anrechnung bekommt.

:Katharina Cygan

Schulen benötigen mehr Geld

PROTEST. Vergangenen Mittwoch demonstrierten in Düsseldorf über 2.000 Menschen für Qualitätsstandards und bessere Arbeitsbedingungen.

In Sichtweite des Landtages wurden hunderte T-Shirts an Wäscheleinen aufgehängt, auf die Kinder aus ganz NRW Wünsche für ihre „Offene Ganztagschule“ (OGS) geschrieben hatten: Zum Beispiel, dass sie einen Ruheraum oder eine Turnhalle bekommen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (unter anderem AWO, Caritas, Diakonie und der Paritätische), die in NRW etwa 80 Prozent der OGS-Standorte tragen, mobilisierten für die Demo unter dem Kampagnenmotto „Gute OGS darf keine Glückssache sein!“

Neben Personal aus dem Offenen Ganztag folgten dem Aufruf auch viele Eltern und Kinder.

Von RednerInnen wurde aufgezeigt, dass vorhandene Missstände strukturell einerseits darin begründet liegen, dass die Finanzierung der OGS in NRW von der jeweiligen Kommune abhängt – und dementsprechend von deren Finanzkraft. Zum anderen fehlen verbindliche Standards dazu, was an Räumen und Personal vorhanden sein muss. Außerdem wurde geschildert, dass pädagogische Fachkräfte oft nicht in der OGS gehalten werden können, wenn dort wegen knapper Geldmittel nicht nach Tarif entlohnt wird und es in der Arbeit zudem keine bezahlten

Vorbereitungszeiten gibt.

Was ist eigentlich OGS?

Die Offene Ganztagschule bietet im Anschluss an den Schulunterricht ein Betreuungsangebot mit pädagogischem Programm, zu dem Eltern ihre Kinder vertraglich anmelden können. Der OGS-Alltag findet überwiegend in eigenen Räumlichkeiten statt und wird vor allem von ErzieherInnen und Hilfskräften beaufsichtigt. Neben gemeinsamem Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung beinhaltet die OGS auch freie Spielzeit sowie Gruppenangebote, die bspw. kreativ oder sportlich sein können.

Der Offene Ganztag ist sowohl für berufstätige Eltern enorm wichtig, als auch für Kinder, die aus sozialen Gründen oder mangels Deutschkenntnissen eine pädagogisch begleitete Umgebung gut gebrauchen können. Wie es in einer OGS jedoch konkret mit angemessenen Räumlichkeiten aussieht, mit der Anzahl und Qualifikation der dort Arbeitenden sowie mit der realen Umsetzung des Anspruchs, Kinder individuell zu fördern, variiert momentan erheblich von Einrichtung zu Einrichtung.

Gastautor :Patrick Henkelmann

Patriotismus von DeutschtürkInnen?

PODIUMSDISKUSSION. Was bedeutet das Referendum zur Änderung der Verfassung für die Türkei, für die deutsch-türkischen Beziehungen? Diese und andere Fragen wurden vergangene Woche im Studio 108 in Bahnhof Langendreer thematisiert.

Die Grüne Fraktion und die Liste Vielfalt im Rat veranstalteten eine Podiumsdiskussion zur Türkeipolitik. Zunächst gab Caner Aver von der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) einen Überblick, welche Folgen das Referendum mit sich bringt. Diese schränke das parlamentarische Gegengewicht auf das Präsidentenamt ein, beispielsweise durch das Verunmöglichen von Misstrauensvoten gegenüber MinisterInnen erklärt Aver. Für die Zukunft der Türkei hat das Referendum Folgen auf vielen Ebenen. Aver spricht von eingeschränkter und ideologischer Presse- und Meinungsfreiheit und einer Machtkonzentration innerhalb des Präsidentenamts in der Türkei. Aber auch auf der internationalen Ebene, zum Beispiel im Hinblick auf die EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei, hat das Referendum Folgen. Aver fordert, dass das neue politische System in Bezug auf die Kopenhagener Kriterien, die von jedem Beitrittskandidaten der EU erfüllt werden müssen, erneut überprüft werden. Zu diesen gehören auch die Menschenrechtswahrung und Schutz von Minderheiten.

Frithjof Schmidt, Mitglied des Bundestages, erklärt wie mit Erdoğan umgegangen werden müsse: „Wir als Demokraten müssen mit ihm so umgehen, wie wir mit Diktatoren umgehen. Wir müssen sie kritisieren, wir müssen ihre Legitimation in Frage stellen.“ Schmidt führt fort, dass er von Merkel eine „klare Kante“ im Bezug auf die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Türkei erwarte.

Gründe und Lösungen?

Aver erklärte, dass DeutschtürkInnen Sympathien für die AKP hätten. Die Partei regiert seit 2002 und die wirtschaftliche Entwicklung unter ihr sei positiv gewesen. Aver vermutet außerdem die langanhaltende Berichterstattung in den deutschen Medien und das „Erdoğan-Bashing“ führe zu emotionalen Diskussionen. Die deutschen Medien hatten Erdoğan in der Vergangenheit häufig als Diktator dargestellt. Türkische Medien verglichen Merkel mit Hitler. Darüber hinaus führte das Wahlkampfverbot dazu, dass sich einige DeutschtürkInnen eingeschränkt fühlten, so Aver. Im Vergleich zu anderen Ländern, wie zum Beispiel in den USA und Kanada,

in denen TürkInnen gewählt haben, gab es in Deutschland sehr viel mehr WählerInnen, die für das Präsidialsystem gestimmt haben.

„Es ist ganz wichtig einen Zivildiskurs zwischen Demokratinnen und Demokraten zu haben“, so Schmidt. So

müsse die deutsche Politik mit aktiven türkischen Gemeinschaften über Demokratie und Diktatur reden, damit klar wird, dass es um diesen Konflikt gehe und nicht um einen Konflikt zwischen Deutschland und der Türkei. Im Publikum saß auch Dr. Bern Liedke, der sich als Türkei- und Interintegrationsexperte vorstellte. Nach der Diskussion erklärte er, dass Deutschland sich auf örtlicher Ebene verbessern müsse. Dazu gehöre, dass Gruppen nicht mehr unterteilt werden in Türkischstämmige oder KurdInnen. „Das sind Menschen, die



Viel Gerede: Einiges wurde gesprochen, doch die konkreten Lösungsansätze kamen aus dem Publikum.

Foto: Jan Turek

zu uns gehören.“ Liedke merkte an, dass seiner Meinung nach bei der Veranstaltung zu wenig über das Verhältnis von der Mehrheitsgesellschaft zu Minderheiten insgesamt geredet wurde. „Wir müssen noch deutlicher reden über das Thema täglicher Rassismus. Wir sollten weniger auf die Türkei schauen, sondern mehr auf unsere Gesellschaft, uns hier fokussieren, damit haben wir genug zu tun.“

:Katharina Cygan

G20 und die Pressefreiheit

HAMBURG. Gleich 32 JournalistInnen wurde beim G20-Gipfel nachträglich die Akkreditierung entzogen. Das Bundeskriminalamt (BKA) gibt sich über die Gründe bedeckt.

Es war neben Ausschreitungen und Plünderungen eine Randnotiz, doch der nachträgliche Entzug von 32 Akkreditierungen am Rande des Treffens der zwanzig mächtigsten Staatschefs der Welt wirft viele Fragen auf. Antworten bekommen die betroffenen PressevertreterInnen nur vage. Wie einE JournalistIn in die „schwarze Liste“ der persona non grata gelangen konnte, ist noch immer nicht sicher, sowohl BKA, als auch das Bundespresseamt (BPA) und die Bundesregierung halten sich mit Antworten weitestgehend bedeckt. Bisher äußerte sich die Regierung einzig über ihren Sprecher Stefan Seibert. Dieser lies verlauten, dass es „Sicherheitsbedenken“ gegeben habe, welche intensive Überprüfungen einzelner JournalistInnen notwendig gemacht haben – und dass er die Maßnahme des Entzugs der Akkreditierungen nicht leichtfertig mittrage.

Woher kamen die Sicherheitsbedenken?

Viel wird seit dem Bekanntwerden der „schwarzen Liste“ mit den Namen der betroffenen JournalistInnen spekuliert. Zwischenzeitlich wurde der türkische Ge-

heimdienst verdächtigt, da mindestens drei Fotojournalisten im Jahre 2014 in der kurdischen Stadt Diyarbakir Proteste gegen die türkische Regierung dokumentierten. Das BKA wies diese Anschuldigungen jedoch zurück, in der offiziellen Pressemitteilung heißt es, dass „Staatschutzkenntnisse ausschließlich deutscher Sicherheitsbehörden“ vorlagen. Welche Erkenntnisse das sind, dazu äußert sich das BKA unter dem Verweis auf Datenschutzrichtlinien nicht.

Kritik en masse

Arnd Henze, Fremdsprachenkorrespondent des ARD-Hauptstadtstudios, kritisierte das massenhafte Kopieren und Verteilen der Namenslisten mit den unerwünschten JournalistInnen und begründete dies seinerseits mit Datenschutzbedenken. Unklar war lange, welche Behörden genau die Erkenntnisse über die mutmaßlichen Sicherheitsbedenken geliefert haben. Laut Recherche des rbb Inforadios waren Einschätzungen des Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und der Landesverfassungsschutzbehörden maßgebend für diesen Grundrechtseingriff. Laut

rbb-Informationen gab es in vier Fällen sogar „gravierende Bedenken“, welcher Art diese Bedenken waren, darüber schweigen BKA, Bundesregierung und auch das BfV. Die betroffenen JournalistInnen kritisieren die gegen sie eingeleiteten

Schritte scharf. Björn Kietzmann, Fotojournalist für die Agentur Action Press und auch Betroffener der Maßnahmen, vergleicht den Entzug der Akkreditierungen mit einem Berufsverbot und auch die Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ spricht von einer „unerträglichen Stigmatisierung von Journalisten“.

Juristisches Nachspiel?

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) fordert derweil eine grundlegende Aufklärung, denn es werfe nur immer weitere



Pressefreiheit in Hamburg? Das BKA entzog zahlreichen JournalistInnen nachträglich ihre G20-Akkreditierung.

Foto: CC BY 2.0

Fragen auf, wenn selbst der Regierungssprecher keine umfassende Auskunft geben wolle. Im Gespräch mit den Ruhr Nachrichten bekräftigte DJV-Chef Frank Überall außerdem noch einmal die datenschutzrechtlichen Bedenken bezüglich der viel kopierten „schwarzen Liste“. Auch die Grünen drängen auf Aufklärung, vor allem die Frage, welche Daten über JournalistInnen von deutschen Geheimdiensten gesammelt würden, müsse geklärt werden.

:Justin Mantoan

Consumerist culture



:BSZ INTERNATIONAL. Last weekend the play "Pornography" was performed on the Studiobühne. On the occasion of frequent terrorist attacks in Europe, director Dr. Niklas Füllner showed with his positive ending that social cohesion can remain, even in hard times.

„Pornography“ is not – how one could assume – the title of a play about pornography, but about the terrorist attacks of Islamist suicide bombers in London on July 7, 2005. Three other events that took place on this day or the day before are repeatedly mentioned in the play by Simon Stephens: The G8 summit in Auchterarder near Perth in Scotland, the "Live 8" concert „Make Poverty History“ in Hyde Park and the bid for the Olympic Games 2012 in London. The director Dr. Niklas Füllner led at the Musischen Zentrum. This production was part of the Optionalbereichsmodul "English Drama in Action".

Stephens' protagonists, played by eight actors from various faculties at the RUB, are Londoners of different social backgrounds as well as of different ages and sexes. The play focuses on their lives the week before and on the day of the attacks. Füllner decided to show the play in form of four monologues and two dialogues, unlike the premiere of Sebastian Nübling. Between the scenes he broadcasts the biographies of the real victims by a beamer.

One scene of the play shows a worried

wife who will never see her husband again. The next scene shows a half-Italian who has identity problems. After that Füllner decided to show the inbreeding of two characters. „Liverpool Street is white with sugar and pace and desire. Smoke blue, blood red, ghost white“, is the reaction of a business mother who was on the way to her work at scene four. In the penultimate scene, the viewer sees a date that does not end peacefully. The man tries to strip his guest's clothes off and is rejected. At last an old woman rings at the door of people who organize a barbecue party in their garden. She asks for a piece of chicken – and she gets it. But the house owner forbids her to enter his house. Is this Stephens' call for us to be kind? Or a farewell to human compassion? Füllner finished the play, with all the characters on the stage meet to eat together. Even the audience was asked to join the meal. In his plays, Stephens wants to bring people the message that everyone should be more human.

The play lasts over two hours and you feel it clearly. While Nübling focuses in the premiere on the acting, Füllner is concentrating on the text.



Darkness: With dim light the audience was moved into the ambience of a subway lighting.

Foto: kac

Who is Stephens?

Simon Stephens, born in 1971, is one of the most famous contemporary English playwrights. In an interview with the Daily Telegraph, Stephens has explained the title of his play with a reference to the symptomatic character of pornography for the contemporary consumerism: „It's the story of the bombers' action in an alienation from the people were going to kill and from themselves. This seemed to be a symptom of a consumerist culture. And objectification so sits under the pro-

duction and consumption of pornography. I think we're living in pornographic times.“ In this way of understanding, all the characters of the play act „Pornography“ by treating – and in different ways – themselves and others as mere objects. „Pornography“ was premiered on June 15, 2007 at the Schauspiel Hannover in co-production with the Festival Theaterformen and the German Schauspielhaus Hamburg by Sebastian Nübling.

:Katharina Cygan

Lass uns drüber reden – Diskussionen sind okay

PERFORMANCE. *FrauWirr* laden am 27. und 29. Juli ein, herauszufinden, wie eine harmonische Gesellschaft aussehen kann. Für einen Abend soll ein Kunstraum entstehen, in dem zusammen gesprochen und Ideen ausgetauscht werden.

Wie wollen wir leben? Womit wollen wir aufhören? Was wollen wir verändern? Das Künstlerinnenkollektiv *FrauWirr*, bestehend aus Maike Grabow, Lisa Heinz, Jannica Hümbert und Anna-Lena Weckesser, möchte in seiner Performance „Wir hören auf!“ zusammen mit dem Publikum diese Fragen verhandeln und in einem Kunstraum erarbeiten, wie eine harmonische Gesellschaft aussehen kann. Dafür haben *FrauWirr* sich ausführlich mit dem theoretischen Hintergrund von Utopien und Gesellschaftsordnungen beschäftigt, erzählt Maike Grabow, Dramaturgin der Gruppe. Dabei haben sie sowohl mit theoretischen Texten wie „Das kommunistische Manifest“, von Marx und Engels, oder Schriften von Michel Foucault und Jean-Jacques Rousseau gearbeitet. Aber auch belletristische Werke wie Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ oder „Utopia“ von Thomas Morus sind in ihre Überlegungen mit eingeflossen. Gemeinsam mit den vier Performerinnen Anna Júlia Amaral, Isabel Höckel, Viviane Lennert und Sarah Wessels haben sie dementsprechende Rollenprofile ausgearbeitet, in denen aber auch ganz persönliche Überlegun-

gen der Performerinnen miteinbezogen worden sind. Gefördert werden *FrauWirr* unter anderem vom Kulturbüro der Stadt Bochum, dem AstA der Ruhr-Universität Bochum, dem Akafö-Kulturbüro Boskop und dem Fachschaftsrat Theaterwissenschaft.

Publikum wird miteinbezogen

Bei ihrer Performance haben *FrauWirr* sich entschieden, die Trennung zwischen Bühne und Zuschauerraum aufzuheben und mit dem Publikum zu arbeiten. Dadurch entstehe ein ganz anderer Kontakt zu den Performerinnen, erzählen Jannica Hümbert und Lisa Heinz. Beide sind verantwortlich für die Regie der Performance. „Die Performerinnen können sich neben jemanden setzen und es kann zu kleinen Einzelgesprächen kommen“, erklärt Jannica das Konzept. Das Publikum wird so zum Teil der Aufführung und sitzt mit den Performerinnen im Licht auf der Bühne. Das bedeute aber nicht, dass man ständig mitspielen müsse, erklärt Lisa: „Natürlich werden die Menschen in Gesprächen etwas gefragt, aber man muss nicht ständig bei allem mitmachen und kann auch mal passiv sein. Man



Hochkonzentriert: Die vier Performerinnen bei der Arbeit.

Foto: Anna-Lena Weckesser

kann mehr Zuschauer sein oder mehr mitmachen.“ Man müsse auch nichts Besonderes mitbringen oder vorbereiten. Es reiche vollkommen aus, ein wenig offen und man selbst zu sein. Durch diese Herangehensweise für die Performance sei aber die Planung und vor allem das Proben viel schwieriger, erklärt Jannica: „Wir arbeiten da viel mit Improvisation und wir versuchen jetzt auch mit Testpublikum zu arbeiten, aber eigentlich wissen wir bis zur Premiere nicht genau, was passiert und ob die Dinge, die wir

uns überlegt haben auch so stattfinden werden.“ Ob und wie das gelingt, können je 60 Interessierte am 27. oder 29. Juli im Zentrum für urbane Kunst in Bochum herausfinden.

:Andreas Schneider



ZEIT:PUNKT

Donnerstag und Samstag, 27. Und 29. Juli, 19 Uhr, Zentrum für urbane Kunst (Zeche 1), Bochum. Eintritt frei. Karten über: FrauWirr@gmail.com

Wie Lindner seine Ungerechtigkeit erfindet

KOMMENTAR. Schlagfertig hat FDP-Spitzenkandidat Christian Lindner bei seinem RUB-Auftritt die Studiengebühren für Nicht-EU-BürgerInnen verteidigt. Schlagfertig lügt er aber auch in seiner sophistischen Rede von Bildungsungerechtigkeit.



Ob er schon öfter so genannt wurde? Jedenfalls reagiert der FDP-Führer gereizt, als ihn eine Studentin „Arsch“ nennt. „Bitte verlassen Sie den Saal!“, fordert er. Lässig und souverän hatte er sich bisher als Didakt der Toleranz und pragmatischer Prediger der (Bildungs)gerechtigkeit verkauft. Denn was er da vorgetragen hat, war rhetorisch cool und raffiniert, aber auch solider Sophismus: Lindner war nicht gekommen, um tolerant Meinungen auszutauschen. Dass Nicht-EU-BürgerInnen demnächst mit 1.500 Euro pro Semester zur Kasse gebeten werden, ist eine vollendete Tatsache. An der RUB hat Lindner nur seine ideologische Rechtfertigung abgeliefert.

Und die hatte es in sich! Gebührenfreie Kostprobe: „Wir haben gebührenfreie Hochschulbildung und trotzdem: Kaum irgendwo in der Welt gibt es so wenige Studierende an den Hochschulen, deren Eltern nicht schon selbst Akademiker sind.“ Der Bundesvorsitzende der FDP mokiert sich über fehlende Bildungsgerechtigkeit – und fordert daher Gebühren! Das klingt so glaubwürdig, als würde ein IS-Krieger seinen dschihadisti-

schen Feldzug mit mangelnden Frauenrechten oder Religionsfreiheiten legitimieren.

Damals gab es breite Proteste

Aber die Gerechtigkeit, von der Lindner spricht, ist keine, an die wer denkt, der/die Lohnarbeit oder ähnlichen Überlebensmöglichkeiten nachgeht. Der Ex-Unternehmer Lindner konstruiert vielmehr eine Ungerechtigkeit, die etwa zwischen einer Kosmetikerin und Studierenden existieren soll. Denn erstere bezahle dafür, wie er erklärt: „Ein Studium kostenfrei zu machen, bedeutet, dass auch diejenigen für ein Studium bezahlen, die selber keines absolvieren.“ Finanzierung der Bildung aus Steuergeldern! Ist das schlimm? Wurden von diesen Geldern nicht auch jene Banken gerettet, die mit Finanzkapital spekulieren, statt es sinnvoll (etwa in Bildung!) zu investieren? Und werden mit diesen Geldern nicht auch die PolizistInnen alimentiert, die diejenigen verprügeln, die gegen diese Umverteilungspolitik von unten nach oben auf die Straße gehen? Lindners Ungerechtigkeit ist eine privatwirtschaftliche. Die Grenze verläuft jedoch zwischen oben (Lindner) und unten (Studierende, Auszubildende, Lohnabhängige)!



Ein Märchen von chinesischen Millionärsohn und mehr: FDP-Chef Lindner hielt einen souverän wie kontroversen Vortrag an der RUB.

Foto: Jan Turek

Lindner weiß das, er ist ein rhetorisch geschickter Ideologe. So verkündet er auch die Vergangenheit, wenn er in den Hörsaal raunt: „Ihr habt die Abschaffung der Studiengebühren bezahlt mit schlechten Studienbedingungen!“ Wer erinnert sich nicht gerne zurück? Verschuldung durch Studienkredite plus prekäre Nebenjobs plus genauso überfüllte Seminarräume – einst gelebte FDP-Gerechtigkeit. Zu dieser Vergangenheit gehört auch, dass Bildungsproteste damals nicht nur die Studiengebühren zu Fall gebracht haben,

sondern dass später genauso Schwarz-Gelb in NRW abdanken musste. Wenn Lindner die Gerechtigkeitsfrage so sehr für die FDP pachtet wirkt das, als würde er möglichen Protesten den Wind aus den Segeln nehmen wollen. Ob es Proteste geben wird, ist ungewiss. Aktuell sieht es nicht danach aus. Sicher bleibt nur, dass Herr Lindner in der kommenden Legislaturperiode das ungeliebte A-Wort noch öfter zu hören bekommt.

:Benjamin Trilling

Pressefreiheit > Polizeiwillkür

KOMMENTAR. Die Polizei hat sich rund um den G20-Gipfel nicht mit Ruhm bekleckert. Die Pressefreiheit wurde massiv behindert.



Natürlich ist ein Einsatz, wie der rund um den G20-Gipfel Stress pur für die Polizei – und manchmal auch für JournalistInnen. Was nun in Hamburg geschehen ist, erinnert an die Diktaturen dieser Welt: Akkreditierungen wurden nachträglich entzogen, JournalistInnen absichtlich geschlagen, mit Pfefferspray und Wasserwerfern attackiert. Die Pressefreiheit, eins der höchsten Güter eines Rechtsstaats, wurde missachtet und mit Füßen getreten. Ein solcher Zustand ist nicht haltbar und einer Demokratie nicht würdig. Wenn diese Angriffe auf die Pressefreiheit dann noch von der Polizei – einem angeblichen Garanten für Freiheit und Sicherheit – ausgeht, sollte der Skandal perfekt sein. Denkste ... Der nötige Aufschrei, die zwingende Kritik bleibt aus, Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz meint sogar, dass es keine Polizeigewalt, keine einzige willkürliche Handlung gegeben habe.

Der VS und die Wahrheit

Besonders bitter wirkt die Tatsache, dass gerade der Verfassungsschutz (VS) für den Entzug der Akkreditierungen verantwortlich

scheint (siehe S. 4). Wie genau es der VS mit Aufklärung und Wahrheit nimmt, wissen wir spätestens seit der Enttarnung des NSU. Akten wurden vernichtet, die Wahrheit verschwiegen. Und nun sorgt die gleiche Behörde dafür, dass zahlreichen kritischen JournalistInnen eine Berichterstattung über den G20-Gipfel, auch über die Masse an Polizeigewalt rund herum, verunmöglicht wird. Diesem Zusammenhang einen faden Beigeschmack zu attestieren, wäre geradezu marginalisiert. Es ist ein handfester Skandal.

Gewalt gegen JournalistInnen

Noch deutlicher zeigt sich die Einschränkung der Pressefreiheit in zahlreichen Berichten von KollegInnen, die Drohungen oder direkte körperliche Gewalt über sich ergehen lassen mussten. Selbst der Presseausweis, ein sonst so mächtiges Werkzeug der sogenannten vierten Gewalt, konnte in diesen Fällen nicht vor Übergriffen schützen. So ein status quo kann nicht entschuldigt werden. Wer sich über brennende Autos beklagt, müsste angesichts dieser massiven Angriffe auf das wichtige Gut der freien Berichterstattung vollends in Tränen ausbrechen.

:Justin Mantoan

It's Prom Night, Baby!

GLOSSE. Dieses Jahr feiern wieder tausende AbiturientInnen ihre Hochschulzugangsberechtigung. Eine Glosse über Märchenballvorstellungen.



Was ist nicht alles passiert letzte Woche. Lindner war an der RUB und ganz Deutschland berichtet davon. Diskussionen über G20 in Hamburg, über linken Terror, über Polizeigewalt. Für die/den einE oder andereN mit jüngeren Geschwistern, Cousins oder Cousinen gab es allerdings ein viel wichtigeres Ereignis: Abiball. Und dafür sponsort Papa ja auch gern mal ne Limo oder das teure Ballkleid von Prada. Abiball ist schließlich nur einmal im Jahr, äh Leben. Und was wird da nicht aufgefahren. Ein roter Teppich und einE FotografIn. Das Catering am besten vom Sternekoch aus diesem besonderem Restaurant nebenan und einE DJ für die Aftershow-Party. Dabei muss alles perfekt sein. Ein romantischer Tanz im extravaganteren und unpraktischen Ballkleid, Fotos vor einer glitzernden Kulisse. Ein bisschen Wehmut, viel Hoffnung und noch mehr Drama. Eben der schönste Tag im Leben, so wie wir es von „Gossip Girl“ kennen. Natürlich dürfen auch nicht die zahlreichen Reden mit der Geh-deinen-Weg-Attitüde fehlen. Und Fotos! Oh Gott, vergesst doch nicht die Fotos!

Realität versus Wunsch

Die Realität sieht meistens anders aus. Da werden 180 SchülerInnen plus ihren sechs GästInnen in einen Saal ohne Klimaanlage gezwängt. Es gibt viel zu viele Reden von Menschen, die keine Rede halten sollten und alle bedanken sich beieinander. Jede Rede ist zu lang und inhaltlich nicht von der vorhergehenden unterscheidbar. Meistens versteht man nichts oder sieht nichts, weil Tante Inge, die vor einem sitzt, aufgestanden ist, um keuchend die gesamte Rede (!) mit einem alten Smartphone festzuhalten. Das Catering hat mehr Mensa-Charakter und die Getränke sind viel zu teuer.

Aber als ich letzte Woche meinen Cousin im Anzug und mit leuchtenden Augen sah, als er sich mit seinen Freunden und Freundinnen darüber unterhalten hat, wie es weiter geht, hatte ich doch ein bisschen Pipi in den Augen und musste direkt mit meiner extra besorgten Einweg-Kamera ein Foto schießen. Als Erinnerung. Weil ... ist ja doch irgendwie schön und Abiball ist ja schließlich nur einmal im Leben.

:Andreas Schneider

ZEIT:PUNKT

Wissen ist funky

Schon mal darüber nachgedacht, warum BergsteigerInnen keine Eier kochen? Nicht? Wissenschaftsjournalist und studierter Mathematiker sowie Physiker Aeneas Rooch klärt in „Rubbel die Katz“ die wichtigen Fragen der Menschheit humorvoll und zeigt, dass Wissen und Forschung nicht zwingend trocken sein müssen. Feat.: Singende Cappuchinos und Katzen, die Wasserstrahlen ablenken. Letztere nicht live bei der Lesung.

- Donnerstag, 20 Juli, 19 Uhr. Die Trompete, Bochum. Eintritt frei.

JETZT HÖR DOCH ZU

Wem es schwer fällt, auf andere empathisch einzugehen, kann es endlich lernen. Im Rahmen des eintägigen Workshops „Rock Your Love! Hör mir doch mal zu“ können TeilnehmerInnen erlernen, sich selbst Raum zu schaffen, um gehört zu werden. Oder wie man selbst auf andere eingehen kann. Grundlage ist die vom amerikanischen Psychologen Marshall Rosenberg entwickelte Gewaltfreie Kommunikation.

- Samstag, 22. Juli, 10 Uhr. Unperfekthaus, Essen. Eintritt 6,90 Euro inklusive Getränke.



Japan-Tage im LSI

Nächstes Wochenende ist es so weit. **Gianluca** freut sich auf den dritten **Japan-Tag** des LSI, um endlich mal Kodama, ein traditionelles, japanisches Spielzeug, ausprobieren zu können. Für alle Japan-Interessierten gibt es etwas zum Hören, Schauen und Mitmachen. So finden neben Präsentationen japanischer Unternehmen, Mini-Sprachkursen, Kalligrafie, Kendo und der Möglichkeit, einen Yukata anzuprobieren, auch Manga-Workshops, Karaoke und vieles mehr statt. Also: みんな来てねー! (Minna kite ne— Kommt alle, ne!)

- Freitag und Samstag, 21. und 22. Juli, Fr: 18 Uhr Sa: 11 Uhr. Landesspracheninstitut. Eintritt frei.

OPEN AIR! OPEN AIR!

Wie vorbeiziehende Bilder, während man bei einer Busfahrt aus dem Fenster schaut. So beschreibt Regisseur Jim Jarmusch seinen Film „Paterson“. Im Zentrum ist die Geschichte des Busfahrers Paterson im gleichnamigen Ort. Der Film wird im Originalton gezeigt und im Rahmen des Open-Air-Sommers draußen im Hinterhof gezeigt. Kopfhörer gibt es gegen Pfand.

- Samstag, 22. Juli, 20 Uhr. Endstation. kino, Bochum. Eintritt 8 Euro.

Guerilla by Night

Nach sechs Wochen intensivem Stricken geht es nun endlich ans Eingemachte der „Farbwechsel“-Veranstaltungen: Das Einkleiden der Uni in das neue wollene Kleid. Los geht es ab 19 Uhr mit den letzten Änderungen. Sobald die Sonne hinter dem

betonierten Horizont verschwindet, geht es dann los: In (bunter) Kleidung wird die Uni verschönert – ein neues, buntes Zeitalter bricht an.

- Dienstag, 25. Juli, 17 Uhr. KulturCafé, RUB. Eintritt frei.

Beer and Druuuums

Da trommeln die GästInnen schon ganz aufgeregt auf den imaginierten Tisch-Drums: Die neunte JamSession wartet auf: Sommerlich wird die Session an die frische Luft verlegt, Picknicken ist dabei. Ob Rock, Jazz, Blues, Pop oder doch was anderes. Alles ist cool und alles ist möglich. Denkt dran: Hopfengetränke und Drum-Utensilien müssen selbst mitgebracht werden.

- Mittwoch, 26. Juli, 17 Uhr. Max-Kade-Hall, Bochum. Eintritt frei.

NACH:GELESEN

Er war eine Art Anti-Olaf Scholz. **Henry David Thoreau** dachte nach – über Unterdrückung und Ungerechtigkeit, Staat und Individuum. Vor 200 Jahren, am 12. Juli 1817, wurde Thoreau – der zunächst als Lehrer arbeitete, aber dann kündigte, weil er sich der an Schulen üblichen Züchtigungen verweigerte – geboren. Und er ist aktueller denn je. So etwa auch sein Essay **Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat** (Diogenes Verlag), in dem Thoreau die Sklaverei, den Krieg oder die Eintreibung von Steuern (für Letzteres musste er selbst ins Gefängnis) offen ablehnt. Die Gedanken, die er darin formuliert, prägten ganze Generationen, die sich einem „zivilen Ungehorsam“ verpflichtet fühlten. Mahatma Gandhi oder Martin Luther King wurden etwa von Thoreau inspiriert. Und sein radikaler Aufruf zur totalen Verweigerung staatlichen Gehorsams bietet noch heute Sprengstoff: Ein Plädoyer für Rebellion und Emanzipation des Individuums. Traurig, aber wahr: Nach fast 200 Jahren immer noch aktuell.

:bent

IMPRESSUM

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Simon Lambertz, Simon Joshua Paul u. a.

Redaktion dieser Ausgabe: Andreas Schneider (asch), Benjamin Trilling (bent), Gianluca Cultraro (gin), Justin Mantoan (juma), Katharina Cygan (kac), Kendra Smielowski (ken), Andrea Lorenz (lor), Sarah Tsah (sat)

V. i. S. d. P.: Andrea Lorenz (Anschrift s. u.)

Anschrift:
:bsz
c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum

Auflage: 3.000
Druck: Druckwerk, Dortmund

Bildnachweis: S. 1 Anreißer: ph; S. 8 Header: Jan Turek

akafoe.de facebook.com/Akafoe twitter.com/Akafoe					
Speiseplan					
24.07.–28.07.2017, Mensa und Bistro der Ruhr-Universität					
Aktionen Stud. 3,20 - 3,90 € Gäste 4,20 - 4,90 €	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
	Lambraten mit Bratensauce, dazu Kartoffelpüree und Mischsalat L	Thunfischsteak an Mango-Lemonchutney, dazu Bandnudeln und Mischsalat F	BBQ-Spareribs mit Barbecue-Dip, dazu Pommes frites und Coleslaw S	Spinat-Rucolasalat mit marinierten Putenstreifen, dazu Baguette G	Paprikahähnchen mit Röstzwiebeln, dazu Gemüsebulgur und Mischsalat H
	Schweineschnitzel nach Art „Cordon bleu“ mit Bratensauce S	Hähnchenbrust mit Broccoli und Champignonrahmsauce G	Putengeschnetzeltes nach „Stroganoff Art“ G	Rinderhacksteak mit Tsatsiki R	Fischfrikadelle mit Remouladensauce F
	Frühlingsrolle mit Gemüse und Dip V	Karotten-Sesamstick, dazu Kräutersauce VG	Veganes Geschnetzeltes nach „Kreollischer Art“ VG	Geräuchertes Tofusteak mit Chili-Dip VG	Riesenrösti mit Broccoli und Käse überbacken, dazu Kräutersauce V
	Pennepfanne „Verdura“, dazu Mischsalat V	Marillenknödel mit Vanillesauce V	Spinatauflauf mit Mischsalat V	Linseneintopf, dazu Brötchen oder Mettwurst S	Kartoffel-Broccoligratin mit Mischsalat VG
Komponenten-essen Stud. 1,80 - 2,00 € Gäste 2,80 - 3,00 €	Putengeschnetzeltes „Gyros Art“ mit Tsatsiki und Fladenbrot G	Spaghetti mit getrockneten Tomaten, Rucola und Knoblauchöl VG	Schweinemedaillons in Mango-Pfeffersauce S	Kartoffel-Paprikaeintopf, dazu Vollkornbrot VG	Kabeljaufilet F
Vegetarisches Gericht Stud. 2,20 € Gäste 3,30 €	Frikadelle R	Rindfleischgeschnetzeltes „Stroganoff“ R	Calamares in Backteig mit Aioli-Dip und Baguette F	Putenbraten G	Salzbraten S
	Vegane Bratwurst mit Kartoffelsalat VG	Tortellini in Austernpilz-Kräutersauce V	Thal-Süßkartoffel-Currysuppe mit Baguette V	Tipp des Tages R, S	Vegetarische Pizza V
Bistro Stud. 1,60 - 3,00 € Gäste 1,80 - 4,20 €					
Zu allen Gerichten gibt es eine große Bellagen-Auswahl (0,80 Euro Stud., 0,90 Euro Gäste)					
Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet.					
Legende: A mit Alkohol, B aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-Öko-039, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, F mit Fisch, G mit Geflügel, H Halal, L mit Lamm, R mit Rind, S mit Schwein, V vegetarisch, VG vegan, W mit Wild, JF JOB&FIT.					



Sportliche Diskussionen um Studiengebühren

POLITIK. Am 11. Juli fand im vollen HZO 10 eine Veranstaltung zum Thema „Zukunft der Hochschulen in NRW“ mit dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner statt. Überschattet wurde sie von Protestierenden, die versuchten Lindners Vortrag zu stören. Lindner reagierte souverän.

„Bildung für alle – und zwar umsonst!“ Sprechchöre hallen durch den Hörsaal, als Christian Lindner die Bühne betritt. Etwa zehn Personen stürmen auf die Bühne und halten Transparente hoch: „Freie Bildung für alle! No border, no nation, free education“, „Neoliberal = Asozial“ und „Nein zu Rassismus“. Lindner weht ein rauer Wind entgegen. Hintergrund der aufgebrachten Stimmung ist der Koalitionsvertrag der neuen schwarz-gelben Landesregierung, der vorsieht, dass Nicht-EU-AusländerInnen 1.500 Euro pro Semester bezahlen sollen.

Rhetorische Überlegenheit

Auf die Störungen reagiert Lindner gelassen: „Herzlich Willkommen bei der Partei der Meinungsfreiheit“, begrüßt er das Publikum. „Einer bekommt jetzt zwei Minuten und darf was sagen“. Ein Student ergreift die Gelegenheit: „Christian Lindner ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Nicht-EU-Ausländer jetzt wieder Studiengebühren zahlen müssen. Das finden wir scheiße!“ Er spricht von Solidarität und erntet dafür Applaus. Als Lindner wieder das Wort ergreifen will, wird er niedergebrüllt: Er wartet ab, bis es wieder ruhiger wird. „Jetzt hoff ich mal darauf, dass ihr Linken euch erinnert, an das Prinzip der Toleranz für andere Meinungen. Denn jetzt

kommt meine Meinung“, so Lindner direkt an die Protestierenden. Doch immer wieder wird er unterbrochen. „Das Problem mit den Linken ist, dass nur sie glauben, Wahrheit zu besitzen“, erklärt er ins Publikum. Als eine junge Frau ihm erneut ins Wort fällt, weist er sie zurecht: „Jetzt aber still. Wir sind hier nicht in Hamburg.“ Lindner versucht, die StudiengebührengegnerInnen als homogene, linke Gruppe darzustellen und erweckt beim Publikum Assoziationen an die G20-Proteste. Das Publikum zeigt sich zusehends genervt von den Störungen.

Die Qualität ist entscheidend

Schließlich gelingt es Lindner doch noch, auf Sachthemen einzugehen. Seiner Meinung nach habe die Abschaffung der Studiengebühren im Jahr 2010 zu einer Verschlechterung der Studienbedingungen geführt. Um diese wieder zu verbessern, sei es nicht falsch, vom „Sohn eines chinesischen Millionärs“ Studiengebühren zu erheben. Es gebe zudem ausreichende Ausnahmen: Geflüchtete, BildungsinländerInnen Spitztalente und Personen aus Entwicklungsländern seien von den Studiengebühren befreit. Grundsätzlich plädiert er jedoch dafür, dass Studierende die Kosten für ihr Studium selbst tragen sollen. Nach vielen

Argumenten ertönt Applaus.

Gespräche mit der :bsz

Im Anschluss an die Veranstaltung gelingt es uns, mit Lindner und anderen Beteiligten zu sprechen. Nach einem kleinen Selfiemarathon schildert uns der Spitzenkandidat seine Eindrücke: „Es war Sport. Es hat Freude gemacht. Ich liebe ja Meinungsfreiheit. Ich bin Politiker, weil ich mich gerne leidenschaftlich mit Leuten austausche. Leider war heute mehr Lautstärke als Leidenschaft in manchen Phasen der Veranstaltung. Aber so ist das eben mal im Sport.“ Sein Fazit fiel positiv aus, schließlich habe er bei den „freundlichen Andersgläubigen einen Beitrag dazu leisten können, das Faktenwissen zu vertiefen“. Außerdem schien es ihm, „dass die Besucher sich unterhalten gefühlt haben“.

Linus Stieldorf von den JuLis RUB, der die Veranstaltung mitorganisiert hatte, glaubt „es war eine gute Veranstaltung.“ Er ist erfreut, „dass dass ein Großteil der Leute



Der exzellente Rhetoriker Lindner ließ zuerst seine KritikerInnen zu Wort kommen (o.r.), forderte dann einen respektvolleren Umgang und hatte am Ende die Menge auf seiner Seite.

Foto/Collage: Jan Turek

sich der konstruktiven Diskussion gestellt haben. (...) Unser Hauptziel war es, in den Diskurs zu treten.“

Wir sprechen auch mit zwei Protestierenden, die auf der Bühne ihre Meinung vertreten haben. Boris ist Stipendiat an einer Privatuniversität in Köln, kämpft also nicht um seine eigenen Privilegien. Er findet es wichtig, „eine starke Gegenposition [zu] bieten“. Eine Aktivistin, die nicht namentlich genannt werden möchte und den Koalitionsvertrag gelesen hat, befürchtet, dass es dazu kommen wird, dass an den Unis „weniger Internationalität“ vorherrschen wird. Sie hält die FDP zwar nicht für eine rassistische Partei, ist aber der Meinung, dass diese eine Politik betreibe, die rassistische Auswirkungen hat.

AStA wegen Protesten in der Kritik

HOCHSCHULPOLITIK. Die Proteste während der Lindner-Veranstaltung hatten Folgen: Deutschlandweite Aufmerksamkeit, ein Shitstorm für den AStA und der Rücktritt eines Referenten.

Die Bilder verbreiteten sich viral im Netz: Mittlerweile 350.000 mal wurde das YouTube-Video von Christian Lindners Auftritt aufgerufen. Die Bild titelte „So cool kontert Lindner Schrei-Studenten aus“. Im Umfeld der RUB war schnell klar, wer schuld am Geschrei sei: Der AStA. Auf dessen Facebook-Seite hagelte es Kommentare und schlechte Bewertungen. „Liebes AStA Team, ich muss wirklich sagen, dass ich mich gerade schäme, ein Teil der RUB Studierendengemeinschaft zu sein und mich durch euch vertreten zu lassen“, heißt es auf der Facebook-Seite des AStA. Ursprung der Kritik: (Ex-)AStA-Referent Daniel beteiligte sich am Protest bei der Lindner-Veranstaltung. Es sei eine Entscheidung gewesen, die er in „einem Bruchteil einer Sekunde“ gefällt

habe, so Daniel.

Nachdem Lindner den StörerInnen mangelndes Durchhaltevermögen vorwarf, weil sie die Bühne verlassen wollten, betrat der HoPo-Referent diese und übernahm ein Transparent eines Störers. Eigentlich habe er den Protest retten wollen. Dadurch, dass er sich „vernünftig verhalte, also nicht reinbrülle“ und ruhig im AStA-Shirt da stünde, habe er zeigen wollen, „dass es nicht nur linke Chaoten sind, sondern es einen weiteren, legitimen Protest“ gab, „gestützt durch einen StuPa-Beschluss“, erklärt Daniel seine Reaktion. Fälschlicherweise kam der Eindruck auf, der AStA sei auch für die respektloseren Formen des Protests verantwortlich, nachdem Daniel sich als AStA-Mitglied zu erkennen gab.

Schadensbegrenzung?

Daraufhin veröffentlichte der AStA eine Stellungnahme, in der er sich implizit auch von Daniel distanziert: Man wolle betonen, dass „Aussagen und Verhaltensweisen“ auf der Veranstaltung „vielmehr den Standpunkten der jeweiligen Privatpersonen“ entsprächen und nicht AStA-Meinung seien. Daniel sagt, er werde wie ein verrückter Einzeltäter dargestellt. „Ich fühle mich von meinem Vorstand verraten“. Am folgenden Tag trat er als AStA-Referent zurück.

Linus Stieldorf (JuLis) ist der Meinung, dass im AStA „jetzt ein Sündenbock dafür gesucht“ würde. Es sei nicht fair, dass nur eine Person verantwortlich gemacht würde. Sie fordern, „dass deutlich gezeigt wird, dass der AStA da eindeutig mit Schuld dran trägt.“



Bauernopfer? Daniel hätte sich mehr Rückendeckung gewünscht.

Foto: Jan Turek

AStA-Vorsitzender Simon Lambertz stellt klar, es habe „in keinster Weise von uns den Aufruf“ gegeben, sich auf die Bühne zu stellen. Trotzdem ist er der Meinung, Daniel habe sich richtig verhalten und bedauert sein Austreten. „Ich wünsche mir, dass Daniel zurück in den AStA kommt.“